

INHALT:

Stellungnahme

Zbysek Polanksy

Der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit M-V

zu den

**Orientierungsfragen an die Sachverständigen zur Anhörung der
33. Enquete-Kommissionssitzung am 24.01.2025**

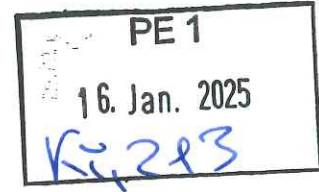
zum Themencluster 3

„Gesundes und sicheres Aufwachsen“

zum Thema „Medienschutz“



Der Landesbeauftragte für
DATENSCHUTZ und
INFORMATIONSFREIHEIT
Mecklenburg-Vorpommern



Der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit M-V
Lennéstraße 1, Schloss · 19053 Schwerin

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Referat PE1 Enquete-Kommission
„Jung sein in M-V“

Lennéstraße 1
19053 Schwerin

AKTENZEICHEN

IHR ZEICHEN

IHRE NACHRICHT
vom

AUSKUNFT

Telefon: 0385 59494-56/31
E-Mail: zbysek.polansky@datenschutz-mv.de

16. Januar 2025

Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung der Enquete-Kommission „Jung sein in M-V“

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei übersende ich Ihnen die schriftliche Stellungnahme zur öffentlichen 33. Anhörungssitzung der Enquete-Kommission „Jung sein in M-V“ des Landtages Mecklenburg-Vorpommern am 24. Januar 2025 im Themenbereich „Medienschutz“.

Vielen Dank für Ihre Einladung und Ihr Interesse, den LfDI MV bei den Statements mit einzubeziehen. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Zbysek Polansky

Referent für Presse, Kommunikation und Medienbildung

Im Rahmen der öffentlichen 33. Anhörungssitzung der Enquete-Kommission „Jung sein in M-V“ des Landtages Mecklenburg-Vorpommern zum Themenbereich „Medienschutz“ am 24. Januar 2025 möchten wir (LfDI MV), als engagierter Akteur im Bereich der Medienbildung und Gefahrenprävention, die aktuelle Situation des Medienschutzes für Kinder und Jugendliche in Mecklenburg-Vorpommern bewerten und konkrete Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der aktuellen Lage aussprechen. Wir werden konkrete Fragen des Fragenkatalogs aus unserer medienpädagogischen Perspektive aufgreifen.

1. Die aktuelle Situation des Kinder- und Jugendmedienschutzes in Mecklenburg-Vorpommern

Medien gehören zur alltäglichen Selbstverständlichkeit in der Lebenswelt der heutigen Kinder und Jugendlichen. Die Medienausstattung in den Familien steigt von Jahr zu Jahr zu einer Vollausrüstung mit internetfähigen Geräten. Bereits die Kleinsten wachsen mit einem breiten Medienrepertoire auf.¹ Die Medienkompetenzvermittlung und damit der Kinder- und Jugendmedienschutz umfasst nicht nur die Veranschaulichung der Gefahren und Risiken der Nutzung, sondern auch die Förderung eines produktiven, kreativen, bewussten, selbstbestimmten und reflektierten Umgangs bei der Medienbeschäftigung. Die tiefgründige Auseinandersetzung mit Medien fördert die eigene Kritik- und Entscheidungsfähigkeit, bereitet auf die Zukunft in der digitalen Welt vor, bringt Orientierung im Daten- und Informationsmeer, fördert die Demokratiebildung, bereitet auf Arbeits- und Lebensweg vor und verhindert einen bloßen unreflektierten Konsum. Daraus erschließt sich grundsätzlich, dass Präventionsmaßnahmen benötigt werden, um den Medienschutz zu erhöhen. Da die Medienvielfalt stetig an Relevanz gewinnt, ist bereits seit Langem die Medienbildung zu einer gesamtgesellschaftlichen und bildungspolitischen Aufgabe geworden.

Frage 1: Die aktuelle Situation des Kinder- und Jugendmedienschutzes in Mecklenburg-Vorpommern zeigt deutlich, dass es nach wie vor ein hohes Bedürfnis nach Handlungsempfehlungen gibt, nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern auch für Eltern und Lehrkräfte. Es besteht ein Bedarf an kurzfristigen Notfalllösungen sowie langfristigen Strategien. In den zahlreichen Veranstaltungen, die wir als LfDI MV durchführen, wird regelmäßig der Wunsch nach konkreten, praxisorientierten Empfehlungen zur Medienbildung und Gefahrenprävention geäußert. Das häufige Auftreten von Fragen, wie man sein Kind im digitalen Raum schützen kann, belegt, dass das Wissen aufgrund mangelnder Zeitressourcen fehlt. Sowohl Kinder und Jugendliche als auch Erwachsene sind somit dazu gezwungen, sich „on the fly“ alles mit „learning by doing“-Einstellung und ohne Begleitung alles selbst anzueignen. Besonders Eltern und Lehrkräfte sehen sich oftmals mit dieser Herausforderung konfrontiert, zeitgleich als Ansprechpartner:innen für digitale Gefährdungen zu fungieren, während sie selbst meist nur über begrenztes Wissen zu den Themen Medienkompetenz und Schutzstrategien verfügen. Diese Problematik wurde bereits in den vergangenen Jahren mehrmals thematisiert und als dringend für die gesellschaftliche Zukunftsentwicklung benannt. Der starke Zuwachs von Medien im Alltagsleben, der bereits in den letzten Jahren zu beobachten war, setzt sich weiter fort und dazu kommen neue Entwicklungen hinzu, wie bspw. KI. Die Relevanz der Medienbildung wächst kontinuierlich. Aufgrund des in der Corona-Krise ausgefallenen Unterrichts kam es zu einer notgedrungenen Verlagerung der Klassenzimmer ins Homeschooling. Einige sehen darin einen „Schub“ für die Digitalisierung. Für den LfDI MV wurde jedoch ersichtlich, dass die Medienkompetenz bei allen Beteiligten an vielen Stellen fehlte. Das Schulgesetz für das Land M-V formuliert im § 2, Art. 1 das Ziel „der schulischen Bildung und Erziehung ist die Entwicklung zur mündigen, vielseitig entwickelten Persönlichkeit, die im Geiste der Geschlechtergerechtigkeit und Toleranz bereit ist, Verantwortung für die Gemeinschaft mit anderen Menschen und Völkern sowie gegenüber künftigen

¹ Vgl. KIM-Studie 2022 (Kindheit-Internet-Medien). URL: https://mpfs.de/app/uploads/2024/11/KIM-Studie2022_website_final.pdf

Generationen zu tragen.“² Durch mangelnde Medienkompetenz im schulischen Bereich kann diesem Ziel, mündige und verantwortungsvolle Persönlichkeiten für die zukünftige digitalisierte Gesellschaft zu bilden, keine Rechnung getragen werden. Die Medienbildung als gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe fördert die Demokratiebildung und beugt Extremismus vor. Um unsere Demokratie wahren zu können und die künftigen Generationen zu einer weltoffenen Gesellschaft zu führen, ist es unerlässlich, die Herausforderungen und Chancen des digitalen Wandels und der Medienwelt begleitend erlebbar zu machen. Die gesellschaftspolitische Prozesse, genau wie viele andere Lebensbereiche des Alltagslebens, wurden mittlerweile fast gänzlich verlagert und finden digital statt. Um eine Partizipation sicherstellen zu können, wird ein gewisser Grad an Medienkompetenz vorausgesetzt.

Frage 9: Hinzu kommen die aktuellsten Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz, insbesondere der generativen KI hinzu, die selbstverständlich auch von Jugendlichen rege genutzt wird.³ Es wird derzeit immer häufiger diskutiert, dass die Theorie der Medienkompetenz nicht mehr ausreicht und um s.g. KI-Kompetenz erweitert werden muss. Für Kinder und Jugendliche ist es besonders schwierig einzuschätzen, wie zuverlässig die übermittelten Informationen durch KI-generierte Bilder und Videos sind, die kaum noch zu unterscheiden sind, oder welche persönlichen Daten sie bedenkenlos teilen können. Zu den Risiken gehört erhöhte Leichtigkeit Cybermobbing zu betreiben oder, dass sich mithilfe von Chatbots und Stimmgeneratoren Fremde noch einfacher als Gleichaltrige ausgeben können, Vertrauen erschleichen und sensible persönliche Informationen erlangen, die dann für Grooming-Zwecke oder Betrug genutzt werden können.

Was wünscht sich die Zielgruppe? Aus Gesprächen, die wir als LfDI MV führen, wird deutlich, dass Kinder und Jugendliche die Bedeutung von Digitalisierung und KI als Zukunftstrends erkennen. KI wird als Chance wahrgenommen. Was motiviert junge Menschen zum Lernen? Spaß, Interesse, Gemeinschaftsgefühl, Relevanz für die persönliche und berufliche Entwicklung und Neugier. Diese Energie sollte genutzt werden, um eine Gesellschaft gestalten zu können, die sowohl die Vorteile als auch die Risiken neuer Technologien kennt. Kinder und Jugendliche wünschen sich eine aktivere Beteiligung an digitalen Entwicklungsprozessen und eine stärkere Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse, Interessen und Perspektiven.

2. Gefährdungen im digitalen Raum und Medienschutz

Frage 2 + 8: Die Gefährdungen für Kinder und Jugendliche im digitalen Raum sind vielfältig. Dazu zählen z.B. Cybermobbing, die Verbreitung von Fake News, Datenschutzverletzungen, unerwünschte Kontaktaufnahmen durch Fremde und der Konsum problematischer und nicht-altersgerechter Inhalte. Besonders bedenklich sind die exzessiven Bildschirmzeiten, die zu negativen Auswirkungen auf die körperliche und psychische Gesundheit führen können. Eine verantwortungsvolle Mediennutzung erfordert daher nicht nur Prävention, sondern auch ein gezieltes Training sowie die Fähigkeit zur Selbstreflexion und -regulation. In diesem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, dass digitale Medien ein integraler Bestandteil des Alltags der Kinder und Jugendlichen geworden sind und dies bei der Medienbildung berücksichtigt werden muss. Verbote und Einschränkungen sind keine nachhaltige Lösung. Jüngere Kinder sind bei den ersten Schritten mehr zu begleiten bzw. einzuschränken. Mit steigendem Alter sollten diese jedoch gelockert werden und der Lernraum offener gehalten werden - dies ist nicht zu verwechseln mit unkontrollierter Nutzung. Es setzt voraus, dass Eltern/Familien eine aktive Medienerziehung umsetzen und in allen Bildungsphasen begleiten. Es geht nicht darum, Lernprozesse zu beeinträchtigen, sondern zu verhindern, dass Kinder und Jugendliche im Netz auf „falsche“ Freunde oder Inhalte stoßen. Sie müssen mit steigendem Alter

² Schulgesetz für das Land MV, § 2, Art. 1. URL: <https://www.landesrecht-mv.de/bsmv/document/jlr-SchulGMV2010V23IVZ>

³ Vgl. JIM-Studie 2024 (Jugend-Information-Medien). URL: <https://mpfs.de/studie/jim-studie-2024/>

befähigt werden, die Risiken selbst zu erkennen und Verantwortung für ihr eigenes Handeln zu übernehmen - Medienkompetenz.

Frage 29-30: Es wird vermehrt die Lösung angestrebt, die Verantwortung der Technologiekonzerne durch gesetzliche Regelungen stärker in die Pflicht zu ziehen. Es ist zwar von Bedeutung, innovative Medienschutzansätze und technische Hilfsmittel zur Prävention von Gefährdungen zu nutzen, aber 100%ige Sicherheit können diese jedoch nicht geben. Hierzu könnten etwa technische Filter- und Schutzmechanismen gehören, die den Erziehungsberechtigten helfen, ihre Kinder sicherer durch den digitalen Raum zu navigieren. Die Entwicklung und Umsetzung von Sicherheitsstandards durch Anbieter/Konzerne von Online-Diensten sind hierbei nicht nur aufgrund fehlender Altersprüfungen und mangelnder Löschrouten bei gemeldeten Inhalten⁴ (Selbstgefährdung, Pornografie, politischer Extremismus, Gewalt, Cybermobbing und sexualisierte Gewalt) unzureichend, sondern auch (z.B. datenschutzrechtlich) schwer umsetzbar. Dadurch wird ersichtlich, dass die eigene Medienkompetenz weiterhin die wichtigste Komponente im Medienschutz darstellt. Eine ausgeprägte Medienkompetenz schützt davor, Opfer von Straftaten oder Straftäter:innen zu werden. Erfahrungsgemäß denken die Familien bei dem Thema Medienschutz direkt an Regelungen und Beschränkungen der Mediennutzung ihrer Kinder. Sie stecken viel Energie in die Recherche und Schutz- und Beschränkmaßnahmen, anstatt mit ihren Kindern gemeinsam die Medienwelt zu entdecken, ins Gespräch zu kommen, sie aufzuklären und sie dadurch zu befähigen, sich in der Medienlandschaft zu bewegen.

3. Notwendigkeit von Prävention und Vernetzung

Frage 5: Die Frage nach den Kosten für Prävention im Vergleich zu den Aufwendungen für Verfolgung und Wiedergutmachung lässt sich nur schwer konkret beantworten oder gar beziffern, da Prävention oft nicht direkt messbar ist. Dennoch ist es unbestreitbar, dass die Aufwendungen für die Verfolgung und Wiedergutmachung von Schäden weitaus höher ausfallen als die für präventive Maßnahmen. Daher sehen wir es als entscheidend und unerlässlich an, in langfristige Präventionsprojekte für die Vermittlung von Medienkompetenz zu investieren.

Frage 25: Der LfDI MV sieht die Lösung für Mecklenburg-Vorpommern in einer stärkeren Vernetzung der verschiedenen Akteure des Landes: Träger der Medienbildung, Schulträger, Jugendämter, Beratungsdienste sowie staatliche Stellen müssen zusammenarbeiten, um die Medienbildung und somit den Medienschutz effektiv zu gestalten. Es geht nicht darum, neue Träger zu entwickeln, sondern vielmehr darum, die vorhandenen und bewährten Strukturen der Medienbildung in M-V seitens der Landesregierung zu koordinieren, zu vernetzen und vom gebündelten Fachwissen zu profitieren. Dazu hat der LfDI MV mehrfach die fachliche Expertise angeboten, um hier konkrete Umsetzungen zu erreichen.

Frage 14 + 21: Die verschiedenen Träger sollten durch Kooperation und gemeinsame Projektarbeit enger zusammenarbeiten. Es gibt bereits eine Reihe von wertvollen und nennenswerten Initiativen und Projekten im Land, die als besonders beispielgebend fungieren und auf erfolgreicher Vernetzungen basieren, wie z.B. das landesweite Netzwerk **Medienaktiv MV**, die Zusammenarbeit bei den Projekten **Medienschouts MV**, **Medienguides MV** und **#DigitaleVorbilder** des LfDI MV, die Ausbildungsreihe für Erzieher:innen „**Klicken, Spielen, Zappen**“ von LAKOST MV, **Helden statt Trolle** von LKA MV und LpB MV, **ComputerSpielSchule Greifswald** des Medienzentrums Greifswald sowie die **Tage der ethischen Orientierung – protect privacy (TEO PP)** der Nordkirche usw. In diesen Projekten arbeiten Träger der Medienbildung aus M-V in regelmäßigen Abständen zusammen. Die

⁴ Vgl. Bericht Jugendschutz im Internet 2023, Risiken und Handlungsbedarf. URL: https://www.jugendschutz.net/fileadmin/daten/publikationen/jahresberichte/jahresbericht_2023.pdf

vorhandenen Netzwerke und Projekte brauchen eine Verstärkung durch die Landesregierung mit angemessener personellen und finanziellen Zukunftssicherheit, um ihre Wirkungsreichweite ausbauen zu können. Der LfDI MV zeigt in der langjährigen Zusammenarbeit, dass diese Koordination möglich ist.

Frage 14: Das Netzwerk **Medienaktiv MV** ist beispielgebend für eine Zusammenfindung von Institutionen, die der Präventionsgedanke und die Medienbildung zum Zusammenschluss brachten. Die Institutionen aus den Bereichen Suchthilfe, Jugendhilfe, Polizei, Schule, Medienanstalt und Datenschutz. Der LfDI MV fungiert als ein koordinierender und leitender Akteur des Netzwerks, das sich regelmäßig über aktuelle Themen und Fachwissen austauscht und Fachtagungen für pädagogische Fachkräfte veranstaltet, die als Fortbildung von dem BM MV anerkannt sind. Im November 2024 fand bspw. der Fachtag „Dem Hass nicht ins Netz gehen - medienpädagogische Ansätze zur Demokratiebildung“, der auf die aktuellste Problematik der Medienbildung reagierte und ca. 60 pädagogische Fachkräfte auf diesem Feld durch verschiedene Workshops stärken konnte. Der Wissenstransfer wurde seitens des pädagogischen Fachpersonals sehr positiv geschätzt und als erforderlich für die gesamte Berufsgruppe eingesehen. Gleiche Resonanz kam auch im Sommer 2024 nach dem Fachtag „Hey MV! Wie läuft's mit Medienerziehung und Datenschutz?“ des Projekts **#DigitaleVorbilder**. Auch hier engagiert sich der LfDI MV maßgeblich seit vielen Jahren, um das Fachwissen an pädagogische Fachkräfte zu vermitteln.

Frage 27: Gerade fehlt es an einer gebündelten Sammelstelle als Onlineauftritt, um den Zugang zur Medienbildung in unserem Land erleichtern zu können. In MV gab es früher für diese Zwecke ein Portal „medienkompetenz-mv.de“, das durch die Kooperationsvereinbarungen zur Förderung der Medienkompetenz (2011 und 2015) umgesetzt wurde und die Medienbildungsangebote gebündelt aufführte. Die Seite wurde jedoch aufgrund des Bearbeitungsaufwand eingestellt. Ein Vergleich mit anderen Bundesländern zeigt jedoch, wie wichtig eine gut strukturierte Vernetzung und Unterstützung der Medienbildung seitens der Politik ist: In Hamburg etwa bietet das *Mediennetz Hamburg* eine umfassende Liste von freien Medienpädagog:innen und Institutionen, inklusive einer Suchfunktion sortiert nach Projekten, Medien, Zielgruppen und Themen, die die Medienbildung vor Ort fördern. So sind diese für alle leichter und schneller an einem gesammelten Ort auffindbar. Ähnlich organisiert sich die Medienbildung mit dem *Medienbildung.sachsen.de*-Portal und dem *Medienpädagogischen Atlas des Medienkompetenznetzwerks Sachsen-Anhalt*. Auch Bayern setzt mit dem *Referentennetzwerk der BLM Stiftung Medienpädagogik* und dem *Medienbeauftragten für Datenschutz* bei der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) auf starke Netzwerke. Eine ähnliche Webseite bzw. Liste ließe sich für Mecklenburg-Vorpommern auch z. B. auf der Webseite von **Medienaktiv MV** (medienaktiv-mv.de) in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk realisieren. So könnten wir stückweit dazu beitragen, eine flächendeckende Medienbildung und somit die Chancengleichheit in unserem Flächenland zu garantieren. Doch diese Umsetzung benötigt nicht nur einen gewissen finanziellen Aufwand, sondern vor allem personelle und zeitliche Ressourcen, die im Netzwerk nicht „nebenbei“ gelöst werden können.

Frage 26: Neben den bundesweiten Online-Initiativen, die verschiedene Zielgruppen abdecken (Kinder, Jugendliche, Eltern, Pädagog:innen) und deren Referent:innen und Angebote (Flyer, Poster, Broschüren, Unterrichtsmaterialien, usw.), die wir bereits während unserer Projekte in Anspruch nehmen durften: klicksafe.de, schau-hin.info, digitalcourage.de, medien-kindersicher.de, handysektor.de, juuuport.de, internet-abc.de usw., möchten wir die führende Rolle des LfDI MV bei der Webseite YoungData betonen. youngdata.de ist ein Jugendportal der Datenschutzbehörden des Bundes und der Länder (DSK), das nicht nur die Schwerpunkte des Datenschutzes aufgreift, sondern sich auch hauptsächlich der digitalen Kompetenz mit genau zugeschnittenen Artikeln auf die Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen widmet. Dafür gab es in 2023 von der Jugendjury des TOMMI-Preises der 3. Platz in der Kategorie „Jugendpreis Bildung“. Dass die Datenschutzbehörden

bundesweit ihren Aufgaben bei der Vermittlung der Medienkompetenz nachgehen, veranschaulichen nicht nur die o.g. Projekte des LfDI MV, sondern bezeugen bspw. auch die Data-Kids (data-kids.de) der Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit.

4. Die Rolle der Medienkompetenz in der Bildung

Frage 20: Die zukünftige Arbeitswelt erwartet von jedem Einzelnen digitale Erwerbsfähigkeiten, wie den Umgang mit Clouddiensten, kollaborativer Software und der KI. Dafür sind nicht nur technische und datenschutzkonforme Lösungen für die Schulen und Bildungseinrichtungen, sondern auch eine stetige Auseinandersetzung und Kompetenzerweiterung aller Beteiligten ausschlaggebend. Die Medienkompetenz ist eine Schlüsselkompetenz und sie ist mit Lese-, Schreib- und Rechenkompetenz gleichzusetzen, um auf die Herausforderungen der Zukunft in der digitalen Gesellschaft vorbereitet zu werden und mithalten zu können.

Frage 23: Die Medienbildung ist kein Zusatzangebot, sondern eine grundlegende und lebensweltorientierte Bildungsaufgabe, die in den Kindertageseinrichtungen bis hin zu den Universitäten, aber auch in außerschulischen Einrichtungen, verankert und zur Normalität werden muss. Wir haben momentan immer noch keine einheitliche und flächendeckende Vermittlung der Medienkompetenz im Land. Die Erstellung der Medienbildungskonzepte liegt bei den Einrichtungen und die technische Ausstattung liegt wiederum im Ermessen der Träger der Einrichtungen. Darüber hinaus ist es davon abhängig, ob sich der Träger oder die Schulleitung für die Medien interessieren oder gerade mit anderen Problemen, wie Personalmangel, Inklusion, Nachhaltigkeit, Knappheit an psychologischer Begleitung etc. beschäftigt sind. Die Bereitschaft, Weltoffenheit und Flexibilität der Einrichtung und hauptsächlich der Fachkraft sind die ersten Voraussetzungen - ohne diese wird auch die neuste bereitgestellte Technik mit Skepsis betrachtet und bleibt unbenutzt. Dadurch werden gravierende Unterschiede in verschiedenen Einrichtungen im Land sichtbar, die zu einer Beeinträchtigung der Chancengleichheit und Lebensqualität der Kinder und Jugendlichen führen. Die Herausforderung hierbei ist, dass viele Lehrkräfte bereits durch den eng getakteten Lehrplan, Zeit- und Personalmangel überlastet sind. Es geht dementsprechend nicht um eine Zusatzergänzung des Inhaltsstoffes, sondern um neue mediale Vermittlungsmöglichkeiten mit Hinblick auf die Lebensrealität der Zielgruppe und eine thematische Einbindung in den Lernstoff. Die Medienbildung bietet sich als ein selbstverständliches Hilfs- und Gestaltungsmittel an. Die KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“⁵ besagt, dass nicht nur die Lernenden, sondern hauptsächlich die Lehrenden über Medienkompetenz verfügen müssen. Als Reaktion gibt es seit 2019 für die Klassenstufen 5-10 das Fach „Informatik und Medienbildung“.⁶ Nach Sichtung des Rahmenlehrplans wird jedoch deutlich, dass der Blick sehr technisch ausgerichtet ist und sich eher dem Leitfach Informatik widmet. Die Beschäftigung mit Daten, Algorithmen, Tabellen und Kommunikationssoftware in Verbindung mit der Bedienkompetenz ist selbstverständlich sehr begrüßenswert. Die Medienbildung beinhaltet jedoch nicht nur das technische Verständnis der Geräte und Software, sondern hauptsächlich ethische Fragestellungen, die im Rahmenplan zu kurz kommen, wie z.B. der Umgang mit der Echtheit und Quellen der im Internet gefundenen Inhalte (Fake News, Deepfakes usw.) und ihrer Überprüfung oder der Umgang mit personenbezogenen Daten (Datenschutz). Im diesem Kontext ist es dringend erforderlich, dass Medienbildung nicht auf ein bestimmtes Fach reduziert wird, sondern als ein

⁵ KMK—Strategie - Bildung in der digitalen Welt.

URL: https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2018/Digitalstrategie_2017_mit>Weiterbildung.pdf

⁶ Rahmenplan für das Unterrichtsfach „Informatik und Medienbildung“. URL: https://www.bildung-mv.de/export/sites/bildungsserver/downloads/digitales/RP_INFO_MR_5-10.pdf

interdisziplinärer Fachbereich quer durch alle Fächer verstanden, umgesetzt und gelebt wird.⁷ Dies ist notwendig, um einen Kinder- und Jugendmedienschutz gewährleisten zu können.

Frage 18: Es braucht eine kontinuierliche Begleitung an allen Lernorten - schulisch, außerschulisch und im familiären Umfeld, denn Medienkompetenz wird sowohl in den Kindertageseinrichtungen/Schulen, später in der Ausbildung, im Studium als auch im Berufsleben zunehmend vorausgesetzt. Doch wo und wie wird diese Kompetenz eigentlich erlernt bzw. vermittelt? Um Kinder und Jugendliche vor Cybermobbing, Cybergrooming und anderen Gefahren zu schützen, ist Aufklärung und Prävention unabdingbar. Dabei ist es wichtig, das Thema als Teil des alltäglichen Lebens zu behandeln, anstatt stets von „Gefahren“ zu sprechen. Der Ansatz sollte sein, die nächsten Generationen auf das Leben vorzubereiten, ihnen Bildung und Erziehung zum Thema digitale Kompetenzen näher zu bringen, sodass sie selbstbestimmt und selbstverantwortlich damit umgehen können und wissen, wo Hilfe zu finden ist. Der Schlüssel hierzu sind präventive Maßnahmen wie Plan- und Rollenspiele, Erzeugung von AHA-Momenten und praxisorientierte Trainings. Die Erfahrung zeigt, dass solche Methoden den jungen Menschen helfen, Gefährdungen zu erkennen und Handlungsmuster zu entwickeln. Kinder und Jugendliche können besser für die Verbreitung und Decodierung von Fake News, Deep Fakes, Desinformationen, Sicherheitslücken etc. sensibilisiert und davor geschützt werden, indem man sie einbezieht und ihr Wissen stärkt und erweitert.

Frage 22 + 24: Es ist unerlässlich, die schulische und außerschulische Medienbildung zu verzahnen. Das Expert:innenwissen der außerschulischen Medienbildung sollte gezielter mit dem Bestreben genutzt werden, das pädagogische Fachpersonal längerfristig zur selbstständigen Multiplikation anzuregen und zu schulen, damit die medienpädagogischen Werkzeuge an allen Lernorten eingesetzt werden. Dies ließe sich in Form von Workshops, Seminartagen oder Probeunterrichtseinheiten realisieren und sollte verpflichtend im Rahmen der schulinternen Lehrerfortbildung (SCHILF), Aus-, Weiter- und Fortbildungstage implementiert werden. Darüber hinaus muss es bereits in der Ausbildung und im Studium (Lehramt, Studiengänge der sozialen Arbeit, Sozialpädagogik) obligatorische medienpädagogische Seminare geben, um der Relevanz der Thematik gerecht zu werden und angehende Fachkräfte an die Realität der medienpädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen genügend heranzuführen. Dazu wird nicht nur eine Verankerung der Medienbildung in den pädagogischen Konzepten aller bildenden Einrichtungen gebraucht, sondern vor allem auch ihre qualifizierte Umsetzung. Anfangs ist es mit einer Bereitstellung von zeitlichen, strukturellen, personellen und finanziellen Ressourcen verbunden, sichert jedoch ein umfassendes Verständnis der Vermittlung von Medien- und digitalen Kompetenzen an die künftigen Generationen und entspricht dem derzeitigen Bildungs- und Erziehungsauftrag laut des Schulgesetzes in MV.

Frage 21: Neben den bildenden Einrichtungen braucht es die Unterstützung von Eltern. Die Einrichtungen bieten zwar eine Schnittstelle zur Elternarbeit an, jedoch braucht es gleichzeitig eine gelingende Medienerziehung im häuslichen Umfeld. Wie wichtig diese Arbeit ist, Anregungen und Orientierungen für einen familiären Medienumgang zu geben, zeigen die Projekte **Medienguides MV** (medienguides-mv.de, Elternprojekt des LfDI MV, fortlaufend seit 2021) und **#DigitaleVorbilder - Familien gehen online** (digitalevorbilder.eu), ein erstmaliges EU-finanziertes Projekt für Familien des LfDI MV und des Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit in den Jahren 2022-2024. Der LfDI MV erkannte die Notwendigkeit, die Familien in der Medienerziehung zu stärken und bewarb sich bei der EU (CERV) um finanzielle Unterstützung. Die beantragten Fördermittel wurden in verschiedenste nachhaltige und wiederverwendbare Materialien (mehrsprachige und barrierefreie Broschüre, aufgezeichnete Webinare, Podcasts, mehrsprachige und barrierefreie Kurzclips, Graphic Recordings usw.) und Veranstaltungen mit Expert:innen (Medienaktionstage für

⁷ Vgl. Stellungnahme des LfDI MV und des Medienaktiv MV-Netzwerk. URL: <https://www.medienaktiv-mv.de/medienpolitische-arbeit/stellungnahmen> & https://www.medienaktiv-mv.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Stellungnahmen/Stellungnahme_Digitale_Kompetenzen_LfDI_final.pdf

Familien, Elterncafés, Fachtagungen für pädagogisch Tätige usw.) investiert. Durch die Ausrichtung auf die Familien und gleichzeitig auf die Fachkräfte konnten Brücken in der Elternarbeit geschlagen werden, die dazu verhalfen, Medienerziehung als gemeinsamen Nenner zwischen Familien, schulischer und außerschulischer Bildung zu definieren. Die **Medienguides MV**, interessierte Eltern, die sich als Multiplikator:innen in den befreundeten Familien und ggf. auch Einrichtungen ihrer Kinder engagieren möchten, werden ausgebildet und leisten einen erheblichen Anteil an Präventions-, Sensibilisierungs- und Aufklärungsarbeit, wodurch der Lernort Schule mit dem eigenen Zuhause fließend verschmilzt. Diese Angebote konnten/können kostenlos bereitgestellt werden. Sowohl **Medienguides MV** als auch das EU-Projekt **#DigitaleVorbilder** zeigten jedoch, dass ein frei einsetzbares Budget benötigt wird, um freie Medienpädagog:innen oder Vereine engagieren zu können, denn diese müssen ihre Ausstattung, Wissen, Personal, Organisation und Fahrkosten meistens selbst finanzieren können. Viele Kooperationen und Angebote kommen nicht zustande oder scheitern im Laufe der Zeit, da es an diesem Budget fehlt.

5. Besondere Herausforderungen und Maßnahmen

Frage 19: Für besonders gefährdete Gruppen, wie Kinder mit Behinderungen oder aus sozial schwachen Familien, muss die Medienbildung und somit auch der Medienschutz noch stärker ausgebaut werden. Leider erreichen uns Anfragen aus Förderschulen und Einrichtungen häufig erst nach Vorfällen. Prävention in diesen Bereichen muss verstärkt werden. Aufklärung und Zugang zu geeigneten Materialien sind hier essentielle Bausteine, da es keine speziellen Materialien und Unterrichtseinheiten zur Vorbeugung der Gefahren in Verbindung mit der digitalen Welt für die Förderzielgruppe gibt. Um die Teilhabe an der Lebenswirklichkeit zu gewährleisten, müssen diese Kinder jedoch miteinbezogen werden, denn sie sind genauso technisch ausgestattet und ebenso digital unterwegs.

6. Politische und rechtliche Rahmenbedingungen

Die Vermittlung der digitalen Kompetenzen nimmt stets an Bedeutung zu und darf nicht dem Selbstlauf überlassen werden. Die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte bis zum jetzigen Moment, zeigen, dass die Relevanz im aktuellen Status Quo nicht stabil bleibt oder abnimmt, sondern weiterhin exponentiell wächst. Die Landespolitik muss diese gesamtgesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Dafür ist eine Kooperation und Koordination der bestehenden Institutionen/Projektpartner seitens des Landes unerlässlich. In der Vergangenheit gaben es in M-V einige politisch initiierte Vernetzungen zur Förderung der Medienkompetenz, wie z. B. die „Vereinbarung zur Förderung der Medienkompetenz“ (2011)⁸ und fortschreitend die „Kooperationsvereinbarung zur Förderung der Medienkompetenz in Mecklenburg-Vorpommern“ (2015)⁹ Die Einbeziehung der Politik in die Koordination auf diesem Feld war auf dem Bundesgebiet beispielgebend. Damit war Mecklenburg-Vorpommern ein Vorreiter und inspirierte andere Bundesländer bei der Umsetzung ihrer Medienkompetenzstrategie. Nichtsdestotrotz wurden diese in MV nach Ablauf im Jahr 2018, trotz des sich stetig erhöhten Bedarfs und weiteren Bestrebungen der Fortsetzung seitens der Institutionen, nicht fortgeschrieben und umgesetzt. Die Aufgabenübertragung an die LpB M-V zeigt zwar großes Engagement, es fehlt jedoch die Verbindlichkeit der Ressorts, da eine nachgelagerte Behörde nicht weisungsbefugt gegenüber den

⁸ Vgl. Vereinbarung zur Förderung der Medienkompetenz (2011). URL: https://www.google.com/url?sa=t&source=web&rct=j&opi=89978449&url=https://www.regierung-mv.de/serviceassistent/_php/download.php%3Fdatei_id%3D34968&ved=2ahUKewjHg9-f9vSKAxUCSfEDHf_RJxoQFnoECBcQAQ&usg=AOvVaw0Jik_116XIfiClOFRQo2NL

⁹ Vgl. Kooperationsvereinbarung zur Förderung der Medienkompetenz in Mecklenburg-Vorpommern“ (2015). URL: https://www.regierung-mv.de/serviceassistent/_php/download.php%3Fdatei_id%3D150719&ved=2ahUKewjHg9-f9vSKAxUCSfEDHf_RJxoQFnoECBcQAQ&usg=AOvVaw30MvKRgM3x9N8NID0nk92X

Ministerien agieren kann und somit nur der Aufgabe des Netzwerkes nachgehen kann. Die Andockung an die Landesregierung ist somit unausweichlich, um notwendige Maßnahmen voranzutreiben.

Frage 26: Zukünftige Arbeitsschwerpunkte sind klar definiert: dazu zählen die Förderung der frühkindlichen, schulischen, außerschulischen und universitären Medienbildung und –erziehung unter Einbeziehung der Familien; eine einheitliche und standardisierte digitale Grundausstattung der Bildungseinrichtungen; die zielgerichtete Vermittlung von Medienkompetenz an pädagogisches Erziehungs- und Bildungspersonal sowie die Verzahnung der Medienbildenden des Landes durch politisches Interesse. Diese Herausforderungen sind nur dann zu bewältigen, wenn die Politik und außerschulische Medienbildungsträger des Landes gemeinsam agieren. Die Vernetzungen in M-V basieren derzeit vorwiegend auf der eigenständigen und ehrenamtlichen Tätigkeit der Mitglieder. Es ist wünschenswert, diesen mehr Anerkennung und Unterstützung auf der politischen Ebene zu schenken, da die lockeren Verzweigungen über keinerlei Weisungsbefugnis verfügen. Der LfDI MV kennt die Strukturen im Land und engagiert sich auf diesem Feld schon über 10 Jahre. Wir stehen mit unserer Expertise auch hier unterstützend zur Verfügung.

Frage 21: Auf politischer Ebene müssen unserer Ansicht nach die bestehenden, bewährten und etablierten Strukturen ausgebaut und verknüpft werden. Die Mitglieder des Medienaktiv MV, wie der LfDI MV, handelt mit seiner langjährigen Erfahrung stets am Puls der Zeit, erkennt frühzeitig neue Entwicklungen im Arbeitsfeld, bewertet Medienschutzprobleme präzise und leitet daraus notwendige Maßnahmen für Politik, Aufsicht und Praxis ab. Darüber hinaus möchte das Netzwerk den politischen Austausch anstreben, in den Dialog treten und der Landesregierung mit seiner Fachexpertise und Institutionenvielfalt zur Verfügung stehen. Das könnte entscheidend dazu beitragen, Kindern und Jugendlichen auch künftig ein sicheres und förderliches Aufwachsen im digitalen Raum zu ermöglichen. Des Weiteren gibt es im Land Projekte, die ihren Beitrag in der Medienbildung z.B. durch kreatives Arbeiten an Sendungen, leisten. Leider kämpfen diese jedoch um ihre Existenz aufgrund der unsicheren Finanzierung. Auch bei LfDI MV sind durch gestrichene oder gekürzte Unterstützungen von Kooperationspartnern und den gleichzeitigen Anstieg der Umsetzungskosten stets dem Sparzwang und der Umstrukturierung unterlegen. An der Bildung der Kinder und Jugendlichen zu sparen, sehen wir jedoch als falsch an. In Mecklenburg-Vorpommern sind die **Medienschouts MV**, **Medienguides MV**, **TEO PP (Tage der ethischen Orientierung - protect privacy)**, **ComputerSpielSchule Greifswald** oder die **Medientrecker** der MMV und viele mehr als besonders erfolgreiche Best-Practice-Programme hervorzuheben. Diese Projekte decken dank des Kursierens durch das gesamte Bundesland stückweise die Bedarfe der gleichmäßigen Verteilung in strukturschwächeren Regionen ab, um der höheren Konzentration der Medienangebote in den Städten entgegenzuwirken und so zur Chancengleichheit im ländlichen Bereich beizutragen. Die **Medienschouts MV** (medienschouts-mv.de) werden seit über 12 Jahren ausgebildet. Durch ihren peer-to-peer Einsatz als Multiplikator:innen leisten zur Weitervermittlung der Medienkompetenz im Freundeskreis, in der Familie und in benachbarten Klassen einen großen Beitrag. Die Vorteile davon, ausgebildete Medienschouts in der Bildungseinrichtung zu haben, erkannten bereits einige Schulen und gründeten eine einrichtungsinterne Arbeitsgruppe, um den ehrenamtlichen Wissenstransfer innerhalb der Klassen nachhaltig zu garantieren. Die erfolgreichen und mittlerweile etablierten Projekte dienen beispielgebend für andere Bundesländer. Dementsprechend ist eine Verfestigung, personelle, finanzielle und politische Unterstützung und weiterer Ausbau dieser Initiativen nötig, um deren Wirkungsfelder zu erweitern. Die zentralen mit Technik ausgestatteten Lehrorte wie Mediatope, Medienwerkstätte, Volkshochschulen und Bibliotheken bieten mittlerweile ein breites Angebot an medialer Begleitung. Diese Angebote werden jedoch nur von einem Bruchteil der Öffentlichkeit genutzt. Die Sichtbarkeit wird meistens nur durch Schulexkursionen gewährleistet und das meistens nur von Einrichtungen aus dem Umkreis. Es bedarf also nicht nur fester Orte, um die Medienbildung voranzubringen, sondern vielmehr mobiler Angebote. Um der räumlichen Abdeckung in der Fläche

gerecht zu werden, ist es notwendig, an dieser Stelle eher mobile und durch das Land ziehende Angebote auszubauen und die schulische und außerschulische Medienbildung zu vernetzen. Die Unterstützung der o.g. Projekte wirkt dem Zentralisieren der Medienbildung nur in den Großstädten entgegen.

Frage 15: Es braucht eine klare Kommunikation und einen regelmäßigen Austausch, gleiche Ziele und Werte und die Verantwortungsübernahme für die gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit Hilfestellung der Landesregierung. Dementsprechend plädiert der LfDI MV für die Wiederaufnahme und Fokussierung der Verstetigung und Verzahnung der Medienbildung in einer neuen „Kooperationsvereinbarung“ unter der Federführung von der Staatskanzlei mit den Ministerien, sowie obersten Landesbehörden, wie dem LfDI MV, als Entscheidungsträger. Nur so lassen sich Handlungsbedarfe festlegen und Arbeitsschwerpunkte greifbar umsetzen und evaluieren. Wir haben viele medienaktive Institutionen im Land, die ihr Wissen und Engagement einbringen können, doch nur zusammen mit der Politik etwas verändern bzw. erreichen können.

7. Fazit - Forderungen zum Medienschutz

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Medienschutz für Kinder und Jugendliche in Mecklenburg-Vorpommern dringend weiter gestärkt werden muss: Prävention, Vernetzung, verstetigte Medienbildung in den pädagogischen und sozialen Einrichtungen, kontinuierliche Vermittlung der Medienkompetenz und ein stärkerer Fokus auf digitale Gefährdungen sind dabei die zentralen Handlungsfelder und müssen zu einer politischen Aufgabe des Landes werden. Es bedarf eines Austauschs und Dialogs zwischen politisch Agierenden und den Trägern der Vermittlung der Medienkompetenz des Landes, damit der Weg und die Umsetzung für alle Ziel- und Altersgruppen definiert werden können. Um Kinder und Jugendliche zu erreichen, müssen schulische und außerschulische Träger der Medienbildung des Landes zusammenarbeiten und dabei auch Lehrkräfte und Erziehungsberechtigte/Eltern einbeziehen. Die Rolle der Eltern und Lehrkräfte ist in der Prävention und Aufklärung von entscheidender Bedeutung. Wir setzen uns für eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Schulen, Behörden und anderen relevanten Institutionen ein. Derzeit liegt der Fokus der Medienbildung auf dem Lernort Schule, da hier die Erreichbarkeit der Zielgruppe am einfachsten ist. Die Medienbildung muss sich jedoch auch auf die außerschulische Bildung und Freizeitangebote ausdehnen. Die Aus- und Fortbildung der Lehrenden sollte priorisiert werden, um die medienpädagogische Bildung anzukurbeln und nachhaltig zu etablieren. Wir fordern eine verstärkte Zusammenarbeit aller beteiligten Institutionen. Eine konsequente finanzielle und politische Unterstützung sowie Verfestigung von Netzwerken und Projekten sind notwendig, um die Medienbildung in Mecklenburg-Vorpommern nachhaltig zu fördern. Sparmaßnahmen sind verständlich, dennoch darf an der Bildung nicht gespart werden, denn sie beeinflusst die Zukunft der gesamten Gesellschaft und der Demokratie. Durch die politische Verpflichtung der Federführung lassen sich größere Veränderungen und Wirkungskraft voranbringen, als es alleinstehende Institutionen und selbstorganisierte Vernetzungen jemals könnten. Nur so können wir Kinder und Jugendliche - die nächste Generationen - in eine digitale Zukunft begleiten, die sie sowohl schützt als auch befähigt, sicher, kompetent und mündig mit digitalen Medien umzugehen. Wir sprechen hiermit nicht nur über Medienschutz oder Gefährdungen in der digitalen Welt, sondern auch über Werte, Grundrechte, Demokratie und Chancengleichheit, denn auch diese verlagern sich zunehmend in den digitalen Raum.